



1. September 2020



Liebe Leserinnen und Leser,

„Regelbetrieb“ ist das Wort, mit dem zurzeit so etwas wie ein Normalzustand beschrieben werden soll, nachdem zahlreiche Einschränkungen durch die **Corona-Pandemie** zurückgenommen worden sind.

In den sogenannten Regelbetrieb startete nach der Sommerpause auch der NRW-Landtag und diskutierte gleich zu Beginn über die **Konsequenzen aus den wieder ansteigenden Infektionszahlen**. Wir brauchen endlich ein Konzept, welches es uns ermöglicht die Pandemie dauerhaft in den Griff zu bekommen. Einen Schritt vor und zwei zurück, wie es die Landesregierung derzeit macht, bringt uns nicht vorwärts. Das ist allenfalls Ping-Pong, aber kein Plan. Das wollen wir ändern! In der Aktuellen Stunde haben wir daher am vergangenen Mittwoch eine **Teststrategie gefordert**, die es uns ermöglicht, passgenau auf Ausbrüche zu reagieren, anstatt eine Kommune oder eine ganze Region lahmzulegen!

Ändern wollen wir auch die Situation in der deutschen **Stahlbranche**. Ohne massive finanzielle Hilfen werden Thyssen-Krupp Steel und Salzgitter den Umbau in der Stahlproduktion nicht schaffen. Am Plenardonnerstag haben wir in der Aktuellen Stunde, welche ebenfalls auf unseren Antrag zurückging, **staatliche Beteiligungen** gefordert.

Auch unter Corona-Bedingungen läuft der Wahlkampf für die NRW-Kommunalwahlen 2020 auf Hochtouren: Hier in unserer Heimatstadt Gelsenkirchen treten viele motivierte und engagierte Genossinnen und Genossen bei der Kommunalwahl an. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf an der Kommunal- sowie Integrationsratswahl teilzunehmen. Wir benötigen gerade unter dem Aspekt der Corona-Krise ein solides Team, das die zukünftigen Herausforderungen anpackt und gezielt löst. Nutzen Sie ihre Stimme für ein „**Echtes Gelsenkirchen**“!

Mit solidarischen Grüßen

Heike Gebhard

S. Watermeier

Aus dem Landtag

CDU und FDP halten an ungerechten und bürokratischen Straßenausbaubeiträgen fest!



Copyright by SPD-Landtagsfraktion

Im Landtag NRW wurde in der vergangenen Plenarwoche wieder über einen Antrag der SPD-Fraktion zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge abgestimmt. CDU und FDP haben diesen Antrag erneut abgelehnt und deutlich gezeigt, dass sie nicht gewillt sind, den Menschen zu helfen.

„Leider hatten CDU und FDP abermals kein Einsehen. Sie halten nach wie vor stur an den ungerechten und bürokratischen Straßenausbaubeiträgen fest. Damit sprechen sie sich für Beitragsbescheide in nicht selten fünfstelliger Höhe aus, die insbesondere ältere Menschen und junge Familien schnell in Existenznöte bringen. NRW bleibt somit das einzige Flächenland in Deutschland, das seine Kommunen dazu zwingt, diese Beiträge von Anliegerinnen und Anlieger zu verlangen“, so der Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier.

Die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard ergänzt: „Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion habe ich heute für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gestimmt. Leider halten die Abgeordneten von CDU und FDP aber an einem System fest, das definitiv nicht zu reformieren ist. Es gibt nur eine Lösung: Die Straßenausbaubeiträge abschaffen und unsere Kommunen von dieser unnötigen Bürokratie befreien. Dafür setzen wir uns als SPD-Fraktion weiterhin ein.“

Kompaktinfo „KAG“

Drucksache 17/10636

Innenstädte stärken – Lebensqualität steigern

Galeria Kaufhof bleibt Gelsenkirchen erhalten. Das ist eine wirklich gute Nachricht und lässt aufatmen. Trotzdem braucht es darüber hinausgehende Pläne und Perspektiven für unsere Innenstadt.

Veränderte Kundenbedürfnisse stellen NRWs Innenstädte vor immer größer werdende Herausforderungen. Vielen Innenstädten droht der Verfall.

Wir haben der Landesregierung deutlich gemacht, dass es ein „Weiter so“ nicht geben kann. Es bedarf eines Masterplans „Lebendige Innenstadt“: Sicherheit, Sauberkeit, Nachhaltigkeit und Erreichbarkeit. Ein Mix aus Gastronomie, Einzelhandel, Kultur und Versammlungsort. Schwarz-Gelb muss den Städten mit einer Milliarde Euro unter die Arme greifen.



Copyright by www.pixabay.com

Drucksache 17/10637

Landesförderung für Schulsozialarbeit wird fortgeführt

Auf eine erneute Initiative der SPD-Fraktion hat der nordrhein-westfälische Landtag über die Schulsozialarbeit in NRW beraten. Ende des Jahres läuft die Kostenübernahme des Landes für die Stellen, die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets geschaffen worden waren, aus. Nach vielen Monaten und mehreren Debatten hat Schulministerin Gebauer endlich zugesagt, die Finanzierung fortzuführen.

Die SPD-Fraktion hatte die Landesregierung mehrfach zum Handeln aufgefordert. Nach drei Jahren wurde nun endlich Klarheit zur weiteren Finanzierung der Schulsozialarbeit geschaffen. Rund 1.000 Fachkräfte hätten sonst in vier Monaten auf der Straße gestanden. Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter wurden immer nur mit Durchhalteparolen abgespeist. Jetzt hat Schulministerin Gebauer im Plenum auf politischen Druck der SPD endlich erklärt, die Landesförderung unbefristet weiterzuführen. Jetzt müssen den Worten auch Taten folgen, damit die Träger eine tatsächliche Planungssicherheit bei der unbefristeten Besetzung ihrer Stellen haben.

Die unbegrenzte Finanzierungszusage ist für den Moment ein gutes Signal. Wichtig ist aber nun, die Schulsozialarbeit insgesamt neu zu strukturieren und zu stärken. Einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion werden die Ausschüsse des Landtags in den kommenden Wochen beraten.

Drucksache 17/10640

Kein NRW ohne Kirmes, Volksfeste und Weihnachtsmärkte – Schaustellerinnen und Schausteller absichern

Gerade Schaustellerinnen und Schausteller leiden finanziell unter Corona. Ihre letzten großen Einnahmen stammen aus der Weihnachtsmarktsaison des letzten Jahres. Einer ganzen Branche droht der Boden unter den Füßen wegzubrechen.

Die bisherigen Hilfsprogramme können nur eine Übergangslösung gewesen sein, die Rücklagen sind längst aufgebraucht. Deshalb muss die Landesregierung die Veranstaltungsbranche in NRW sofort nachhaltig unterstützen. Ein NRW ohne Kirmes, Volksfeste und Weihnachtsmärkte können und wollen wir uns nicht vorstellen.

Drucksache 17/9914

Schluss mit dem Chaos – NRW braucht einen Plan für Schulen

Das Schulsystem muss reformiert werden, das hat die Krise deutlich gemacht. Die Digitalisierung an Schulen bleibt in weiten Teilen noch „Zukunftsmusik“. Wir haben dem Chaos der Landesregierung ein Konzept entgegengesetzt: NRWs Kinder verdienen die beste Bildung und das heißt für uns: mehr Personal, Schichtunterricht, funktionierende, digitale Klassenräume oder auch systematische und verbindliche Fortbildungsangebote für das Lernen in der digitalen Welt.

Drucksache 17/10630

Straßen in NRW sicherer machen – Verkehrswacht absichern

Bei den 64 Verkehrswachten in NRW engagieren sich tausende Menschen ehrenamtlich für mehr Sicherheit im Straßenverkehr. Ihre Veranstaltungen zur Aufklärung und Schulung von Verkehrsteilnehmerinnen sowie Verkehrsteilnehmern konnten aufgrund von Corona in den letzten Monaten nur sehr begrenzt stattfinden. Dabei darf die Sicherheit auf den Straßen auch in Krisenzeiten nicht zu kurz kommen. Minister Wüst muss für eine krisensichere Finanzierung sorgen.

Drucksache 17/9943

Dem Leiden vorbeugen – bundesweite Präventionsstrategie gegen Diabetes starten

Diabetes-Erkrankte haben oft mit schwerwiegenden Folgekrankheiten zu kämpfen. Für das Gesundheitssystem bedeutet das Kosten von mehr als 21 Milliarden Euro im Jahr. Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zur Situation der Diabeteserkrankungen zeigt: Sie hat keine Strategie im Umgang mit der Krankheit. Wir haben Schwarz-Gelb daher aufgefordert, eine Bundesratsinitiative anzustoßen, um die Vorgaben zur nationalen Diabetesstrategie zu überarbeiten und u.a. verbindliche Vorgaben zur Zuckerreduktion zu erarbeiten.

Drucksache 17/10642

Kommunen nicht gegen die Wand fahren – Finanzsicherheit jetzt!



Die aktuelle Krise hat wieder einmal unter Beweis gestellt: Kommunen sind die Leistungsträgerinnen schlechthin. Dennoch drohen sie als Verliererinnen aus der Krisenzeit hervorzugehen: Steigende Kosten bei gleichzeitig einbrechenden Einnahmen, das ist eine Rechnung, die nicht aufgehen kann. Die Landesregierung muss ihrer verfassungsrechtlichen Verantwortung für die Kommunalfinanzen nachkommen und sicherstellen, dass Kommunen handlungsfähig bleiben.

Drucksache 17/9814

Haushalt 2021 – Finanzielle Sicherheit für NRW

Steuerausfälle, steigende Arbeitslosigkeit, Investitionsstau bei Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaschutz, massive finanzielle Einbußen bei den Städten und Gemeinden - der Landeshaushalt 2021 wird in jeder Hinsicht ein besonderer sein. Die Landesregierung hat sich dazu entschieden, die Planung des Landeshaushaltes in den Herbst, das heißt nach der Kommunalwahl, zu verschieben. Dabei wäre ein solider Haushalt gerade jetzt ein wichtiges Signal für die Menschen und die Kommunen in NRW. Wir haben deutlich gemacht: Der Haushalt für das kommende Jahr muss frühzeitig und mit Rücksicht auf die Krise gestaltet werden.

Drucksache 17/10639

Fallpauschalen in der Kinder- und Jugendmedizin abschaffen

Fallpauschale, das heißt ein festgelegter Geldbetrag für einen bestimmten Krankheitsfall, und das obwohl der Behandlungsaufwand bei der gleichen Krankheit völlig unterschiedlich ausfallen kann. Man könnte meinen der Fokus liege auf Profit, anstatt auf der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Immer mehr Kinderstationen müssen aufgrund ihrer Unterfinanzierung schließen. Mecklenburg-Vorpommern ist mit gutem Beispiel voran gegangen und hat eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Fallpauschalen in der Kinder- und Jugendmedizin gestartet. Wir haben die NRW-Landesregierung aufgefordert, sich dieser Initiative anzuschließen, denn die Gesundheit unserer Kinder geht vor Gewinnmaximierung.

Drucksache 17/10641

Aus dem Wahlkreis

Weltkindertag 2020:

„Kinder, Eure ganz persönliche Meinung ist gefragt!“

Sebastian Watermeier und Heike Gebhard rufen zur Teilnahme an der „Aktion Wunsch-Stein“ auf

Copyright by Büro Watermeier



Am 20. September, dem Jahrestag an welchem die Vollversammlung der Vereinten Nationen vor rund dreißig Jahren die Kinderrechtskonventionen verabschiedeten, feiern viele Staaten jährlich den so genannten Weltkindertag.

„Ein Tag, an welchem es um den Schutz, die Zukunft und die Wünsche der Kleinsten in unserer Gesellschaft geht. Grund genug also direkt nachzufragen, wie Kinder sich ihre Zukunft vorstellen, was sie bewegt und welche Wünsche sie haben“, findet der Gelsenkirchener SPD- Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier.

Einzelne interessierte Kinder, aber auch ganze Kitagruppen oder etwa Grundschulklassen können sich am 20. September mit ihren Wünschen und Gedanken beteiligen. „Die Teilnahme ist ganz einfach. Interessierte Kinder suchen sich im Vorfeld einen etwas größeren, glatten Stein und bemalen diesen mit ihren entsprechenden Wünschen. Die Wunsch-Steine sollen dann am Weltkindertag, zwischen 12 und 18 Uhr, zum Landtag nach Düsseldorf

gebracht werden, um die längste Steinkette Nordrhein-Westfalens zu schaffen“, informiert die SPD-Landtagsabgeordnete Heike Gebhard.

Jedes Kind erhält im Gegenzug ein kleines Präsent. Neben dem Rahmenprogramm auf dem Vorplatz des Landtags, bietet der Besucherdienst ab 12 Uhr zur jeweils vollen und halben Stunde Führungen durch das Landtagsgebäude an. Am Rednerpult können teilnehmende Kinder eine Rede ihrer Wahl halten, Fotos machen und so kurzzeitig in die Rolle eines Politikers eintauchen. Um die Hygiene- und Abstandsregeln einhalten zu können, sind die Gruppen auf neun Personen begrenzt. Um vorherige Anmeldung unter 0211 - 884 2302 wird daher gebeten.

Weitergehende Informationen finden sich unter:

http://landtag/files/live/sites/landtag/files/WWW/II.A.3/Informationen/2020/Landtag%20Flyer%20Weltkindertag_scr.pdf .

„Ungerecht und bürokratisch:

Straßenausbaubeiträge müssen endlich abgeschafft werden!“

Die SPD-Fraktion hat die Landesregierung mit ihrem neuen Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge erneut zum Umdenken und Handeln aufgefordert. CDU und FDP lehnten abermals ab. Hierzu erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier:

„Leider haben CDU und FDP immer noch kein Einsehen. Sie halten stur am „Bürokratiemonster Straßenausbaubeiträge“ fest. Damit sprechen sie sich für Beitragsbescheide in nicht selten fünfstelliger Höhe aus, die insbesondere ältere Menschen und junge Familien schnell in Existenznöte bringen kann“, bedauert der Landtagsabgeordnete Watermeier.

Nordrhein-Westfalen ist das einzige deutsche Flächenland, das seine Kommunen zwingt die Beiträge von Anliegerinnen und Anliegern zu erheben. Dieses System hatte die erfolgreichste Volksinitiative in Nordrhein-Westfalen zur Folge, die von rund 500.000 Menschen unterstützt wurde. Sie alle wurden von der Landesregierung sowie den Fraktionen von CDU und FDP nicht gehört. Schon jetzt schieben Kommunen eigentlich notwendige Sanierungen auf, um ihren Bürgerinnen und Bürgern keine Bescheide zukommen lassen zu müssen. Ein deutliches Zeichen, dass das System endlich abgeschafft werden muss.

„Die Abgeordneten der CDU und FDP halten an einem System fest, das nicht zu reformieren ist. Dass die CDU die Abschaffung der Beiträge als „Freibier für alle“ bezeichnet, ist eine Beleidigung für die Betroffenen. Die einzige Lösung: Die Straßenausbaubeiträge abschaffen und unsere Kommunen von dieser unnötigen Bürokratie befreien. Dafür setzen wir uns als SPD-Fraktion weiter ein“, ergänzt Heike Gebhard.

Landtagsabgeordneter Sebastian Watermeier wendet sich erneut an Wirtschaftsminister Pinkwart

Copyright by Büro Watermeier



Sebastian Watermeier hat Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart erneut angeschrieben und angesichts der drohenden Schließung des Traditionsunternehmens Friedrich Geldbach GmbH um seine Hilfe gebeten. Schon in der Vergangenheit hatte der Landtagsabgeordnete ihn aufgrund der Schließungen der Traditionsunternehmen Küppersbusch-Großküchentechnik sowie der Firma Seppelfricke kontaktiert.

„Für Gelsenkirchen ist die Schließung von gleich drei Traditionsunternehmen ein äußerst herber Verlust. Qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Region verlieren so ihre Arbeitsplätze. In meinem Schreiben bitte ich den Wirtschaftsminister

um den Beistand der Landesebene. Es müssen schnelle und unbürokratische Lösungen vor Ort her. Die Industrie ist nach wie vor Grundlage der Wertschöpfung in Gelsenkirchen – und dazu gehört der Erhalt von Traditionsunternehmen gerade im aktuell schwierigen wirtschaftlichen Umfeld“, so Sebastian Watermeier.

Kommunen brauchen Erstattung der Corona-Kosten durch den Rettungsschirm

Die SPD-Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier haben die schwarz-gelbe Regierungskoalition für Ihre erneute Ablehnung eines finanziellen Schutzschirms für die Städte und Gemeinden scharf kritisiert. Die SPD-Landtagsfraktion hatte dies in einem Antrag am Donnerstag im Landtag gefordert.

„Unsere Städte und Gemeinden sind in dieser Corona-Pandemie erneut die tragenden Säulen der Krisenbekämpfung. Ohne sie wäre eine Bekämpfung des Virus schlicht nicht möglich.“ erklärt Heike Gebhard. „Trotzdem drohen sie als Verlierer aus dieser Krise hervorzugehen. Steigende Kosten bei gleichzeitig einbrechenden Einnahmen sind eine Rechnung, die nicht aufgehen kann. Aber die schwarz-gelbe Landesregierung bietet ihnen dafür keine Lösung.“

Die SPD hatte die Landesregierung aufgefordert, die Gewerbesteuereinträge der Kommunen nicht nur für 2020, sondern auch für 2021 auszugleichen. Das gilt auch für die konjunkturellen Einbrüche von ca. 1 Mrd. Euro, die den Kommunen 2021 weniger über das Gemeindefinanzierungsgesetz zugewiesen werden.

„Unsere Kommunen brauchen jetzt echte Finanzhilfen und nicht nur haushaltsrechtliche Buchungstricks, auf die sich die Landesregierung leider beschränkt. Auch müssen die Städte und Gemeinden ihre zusätzlichen Corona-Kosten durch den NRW-Rettungsschirm erstattet bekommen. Bislang aber Fehlanzeige“, so Sebastian Watermeier.

Ohne ein baldiges Handeln der Landesregierung hätten unsere Städte und Gemeinden nur noch die Option, neue zusätzliche Schulden aufzunehmen. „Und die kommen dann auf den ohnehin schon riesigen Schuldenberg von 21,6 Milliarden Euro an Kassenkrediten – den sogenannten Altschulden – oben drauf. Über 100 der 396 Städte und Gemeinden in NRW haben Kassenkredite in Höhe von 1.000 Euro oder mehr je Einwohner“, so Watermeier und ergänzt weiter: „Wir haben in Gelsenkirchen durch solide Haushaltspolitik und große Anstrengungen bereits dreimal hintereinander einen ausgeglichenen Haushalt verabschiedet und keine neue Schulden aufgenommen. Die Verweigerungshaltung der Landesregierung macht alle Erfolge wieder zunichte. Es gibt also dringenden Handlungsbedarf. Ohne Finanzhilfen des Landes wird der Schuldenberg der Kommunen auch in Gelsenkirchen wieder dramatisch ansteigen.“

Hintergrund:

Einem Gutachten des renommierten Experten für Kommunal финанzen Prof. Martin Junkernheinrich zufolge müssen die Städte und Gemeinden in NRW allein für das Jahr 2020 mit finanziellen Folgen der Corona-Krise von bis zu 7,2 Milliarden Euro rechnen.

Für das Jahr 2021 sind weitere finanzielle Einbrüche insbesondere bei der Gewerbesteuer zu erwarten. Durch die insgesamt sinkenden Steuereinnahmen wird auch die über den kommunalen Finanzausgleich (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2021) zu verteilende Summe sinken. Die Städte und Gemeinden müssen laut Prof. Junkernheinrich mit rund einer Milliarde Euro weniger Schlüsselzuweisungen rechnen. Die Städte und Gemeinden in NRW verfügten zum 31.12.2019 über einen Schuldenberg an Kassenkrediten in Höhe von 21,6 Milliarden Euro.

Heike Gebhard unterstützt die Einschulungsaktion des Ortsvereins Erle-Nord



Auch in diesem Jahr führte der Ortsverein Erle-Nord wieder seine traditionelle Einschulungsaktion an der Astrid-Lindgren-Schule und der Gemeinschaftsgrundschule Heistraße durch—mit größtmöglichem Abstand und Mund-Nasen-Schutz selbstverständlich. Mit dabei, die Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Heike Gebhard, die Eltern bei Fragen zur nordrhein-westfälischen Schulpolitik Rede und Antwort stand. Mit der Aufteilung auf drei Durchgänge hatte die Astrid-Lindgren-Schule ein gutes Konzept gefunden, die Einschulung unter Coronabedingungen durchzuführen.

